



Schuldenbericht 2009



otto informiert otto investiert otto finanziert otto spart

Impressum

Herausgeber:

Landeshauptstadt Magdeburg
- Der Oberbürgermeister -
Dezernat Finanzen und Vermögen
Julius-Bremer-Str. 8-10
39104 Magdeburg

Redaktion und Autoren:

Klaus Zimmermann (Beigeordneter für Finanzen und Vermögen)
Dr. Andreas Hartung (Fachbereichsleiter Finanzservice)
Axel Helm (Fachdienstleiter Forderungsmanagement – Zahlungsverkehr Kasse, Schulden- und Kreditmanagement)
Eva Bromberg (Leiterin Schulden- und Kreditmanagement, Finanzvermögen/Forderungsmanagement)
Stefan Siebert (Teamleiter Schulden, Kredite, Finanzvermögen)
Petra Jahnel (Team Schulden, Kredite, Finanzvermögen)

Grafik, Layout und Druckvorbereitung:

Stefan Siebert

Druck und Vervielfältigung:

Landeshauptstadt Magdeburg
Zentrale Vervielfältigung

Auflage / Erscheinungsjahr:

100 / 2010

Bildnachweis Titel:

Bild oben links – Blick auf das südliche Stadtzentrum und den Elbebahnhof
(Quelle: Marko Müller)
Bild Mitte rechts – Blick auf den Industriehafen mit dem Barleber See im Hintergrund
(Quelle: Stadtplanungsamt)
Bild unten links – Blick auf die Entwicklungszone I der KGE Rothensee
(Quelle: KGE Kommunalgrund Grundstücks- und Erschließungs GmbH)

Landeshauptstadt Magdeburg

Tel.: 0391-540-0

www.ottostadt.de

Urheberrechtliche Hinweise:

Ein Download, Ausdruck oder Wiedergabe auf andere Weise (vollständig oder in Teilen) ist ausschließlich für den eigenen, internen und nicht kommerziellen Gebrauch gestattet. Dabei ist stets ein Quellenverweis deutlich erkennbar anzubringen.

Vorwort

Der Ihnen vorliegende Schuldenbericht beweist anschaulich:

Die Landeshauptstadt Magdeburg ist auf Entschuldungskurs.

Forciert wird diese positive Entwicklung in den kommenden Jahren durch die Schuldenentlastung mit Hilfe des Förderprogrammes „Sachsen-Anhalt STARK II“.

Dieser Schuldenabbau unterstützt die Landeshauptstadt Magdeburg auf dem Weg einer konsequenten Haushaltskonsolidierung, weil weniger Mittel für Zinszahlungen gebunden sind.

Gleichzeitig eröffnet es für die Zukunft Handlungsspielräume für die nachfolgenden Generationen unserer Stadt.



Die weltweite Finanzmarktkrise, welche sich bereits im Jahr 2007 ankündigte und seit dem Jahr 2008, mit der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers offen ausbrach, ist mit ihren Auswirkungen auf den Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarkt auch 2010 noch nicht überstanden.

Zum Beispiel war zu verzeichnen, dass die Banken und Finanzinstitute im Jahr 2009 bei der Vergabe von Krediten, insbesondere gegenüber dem Mittelstand auf Grund der häufig knappen Kapitaldecke, äußerst zurückhaltend auftraten. Negativ wirkte sich die Finanzmarktkrise ebenfalls bei den Kreditmargen (Kreditaufschlägen) aus.

Neben den Transaktionen von „US-Leasing“ bzw. „US-Cross-Border-Leasing“ führten abgeschlossene Derivate-Geschäfte dazu, dass verschiedene Kommunen Opfer schlechter Bankprodukte wurden. Hintergrund war hierbei der Einsatz einiger hochspekulativer Finanzinstrumente im kommunalen Schuldenmanagement. Als Beispiele sind an dieser Stelle die „CMS Spread Ladder Swaps“ (vereinfacht: Zins-Differenzen-Tauschgeschäfte mit Hebelwirkung bei steigenden Zinsen) zu nennen.

Die Landeshauptstadt Magdeburg hat keine derartigen risikobehafteten Geschäfte getätigt. Das praktizierte Schuldenmanagement beruht auf einem ausgewogenen Risiko-Splitting bei gleichzeitiger Anwendung von Maßnahmen der Zinssicherung und umsichtiger Partizipierung an der Zinsentwicklung des Finanzmarktes (Abschlüsse variabler Zinsbindungen bei Neuaufnahmen oder Umschuldungen).

Der Schuldenbericht 2009 ist in dieser Form der erste seiner Art und dabei zugleich der letzte Bericht, der dem kameralen Rechnungswesen folgt. Ab 2010 sind die Schulden Teil der in der Bilanz erfassten städtischen Verbindlichkeiten. Die aus dem Schuldenmanagement resultierenden Zahlungsströme und Ergebnisse werden in der städtischen Ergebnisrechnung und in der Finanzrechnung erfasst. Unabhängig von der Art der Rechnungslegung, von der Darstellung der Kredite, Derivate, Zinsen und Tilgungen usw. wird sich das Dezernat für Finanzen und Vermögen auch weiterhin den primären Aufgaben eines kommunalen Schuldenmanagements widmen. Hauptaufgabe ist, die Zahlungsfähigkeit der Landeshauptstadt Magdeburg und ihrer Eigenbetriebe erforderlichen Liquidität zu für den städtischen Haushalt langfristig erträglichen Konditionen, auch und gerade in den Zeiten der weltweiten Finanzmarktkrise und einer immer spürbareren Globalisierung, zu sichern.

Klaus Zimmermann
Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Inhalt

	Seite
1. Grundsätzliches	5
2. Entwicklung der Zinsen 2009	6
3. Prognose Zinsentwicklung 2010	7
4. Handlungsparameter	10
5. Kreditportfolio 2009 der Landeshauptstadt Magdeburg	10
5.1 Kreditvolumen	10
5.2 Art der Schulden	11
5.3 Tilgungsarten und –struktur	11
5.4 Tilgungsleistung	12
5.5 Zinsarten und –struktur	12
5.6 Laufzeiten der Zinsbindung	13
5.7 Zinsausgaben	14
5.8 Durchschnittszins, Kreditportfolio und Pro-Kopf-Verschuldung	14
5.9 Zinssicherungsgeschäfte	14
6. Kreditaufnahmen 2009 der Landeshauptstadt Magdeburg	14
6.1 Kreditneuaufnahmen und Umschuldungen	14
6.2 Kreditgeber	15
6.3 Tilgungsarten	15
6.4 Zinsarten	15
6.5 Zinsbindungsdauer	15
6.6 Zinsentwicklung und Aufnahmezeitpunkt	15
7. Haushalt 2000-2009 und STARK II	16
8. Eigenbetriebe	19
9. Schulden des Entwicklungsträgers KGE für Rothensee	20
10. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	21
11. Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	21
11.1 Bürgschaften	21
11.2 Public Private Partnership bei der Schulsanierung	22
12. Glossar	23

1. Grundsätzliches

Angaben zu den Schulden der Landeshauptstadt Magdeburg finden sich u.a. in der Jahresrechnung, in den Berichten des Statistischen Landesamtes, im Haushaltsplan und in der jährlichen Information über den Stand der Verschuldung der städtischen Gesellschaften und der ihnen gewährten Kommunalbürgschaften einschließlich der Eigenbetriebe und des Entwicklungsträgers KGE für Rothensee.

Die Datengrundlagen für die Schuldenübersichten liefert dabei stets der Fachbereich Finanzservice der Landeshauptstadt Magdeburg.

Der vorliegende Schuldenbericht wendet sich mit gerafften statistischen Informationen gezielt an den Stadtrat. Er ist ein Bericht „für die Politik“, aber kein politischer Bericht. Er transportiert Daten, Fakten und Entwicklungen. Rechtfertigungen oder Meinungen, auch fachlicher Art, beabsichtigt er nicht.

Wie sein Name sagt, erfasst der Schuldenbericht Schulden. – Schulden sind Zahlungsverpflichtungen aus Kreditaufnahmen und ihnen wirtschaftlich gleichkommenden Vorgängen sowie aus der Aufnahme von Kassenkrediten.

Gemäß der vorgenannten Definition hat die Landeshauptstadt Magdeburg äußere Schulden, also Kredite aller Art, welche die Landeshauptstadt Magdeburg von Dritten aufgenommen hat, inkl. den Kassenkrediten. Auch Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften (insbesondere Bürgschaften) und die Schulden des Entwicklungsträgers KGE für Rothensee sowie Public Private Partnership bei der Schulsanierung zählen dazu.

Der Schuldenbericht informiert dabei über den Stand und über die Entwicklung der Schulden des städtischen Haushaltes und der Eigenbetriebe.

Schwerpunkt des Schuldenberichtes ist das vorangegangene Haushaltsjahr, in diesem Bericht also das Jahr 2009.

Der Schuldenbericht 2009 hat zwei vorrangige Zielrichtungen:

- Information und
- Steuerung (Steuerungsunterstützung)

Als Bericht über die Schulden und die Entwicklung der Schulden der Landeshauptstadt Magdeburg in einem bestimmten Berichtszeitraum bzw. über mehrere Zeiträume hinweg will er zunächst informieren. Dies wird durch die Konzentration weitgefächerter Einzeldaten auf wesentliche Datengruppen und durch Schaffung ausgedehnter Zeitreihen erreicht. Dabei ist der Schuldenbericht ein wesentlicher Teil des Finanzberichtswesens des Fachbereiches Finanzservice.

Darüber hinaus ist der Schuldenbericht ein Angebot an den Stadtrat, aus Stand und Entwicklung der Schulden und ihrer Belastungen durch Zinsen und Tilgungen Schlussfolgerungen für künftiges Handeln zu ziehen – mithin zu steuern. Zudem soll er die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit fördern.

Der Schuldenbericht wird alle 2 Jahre erarbeitet und dem Stadtrat vorgelegt.

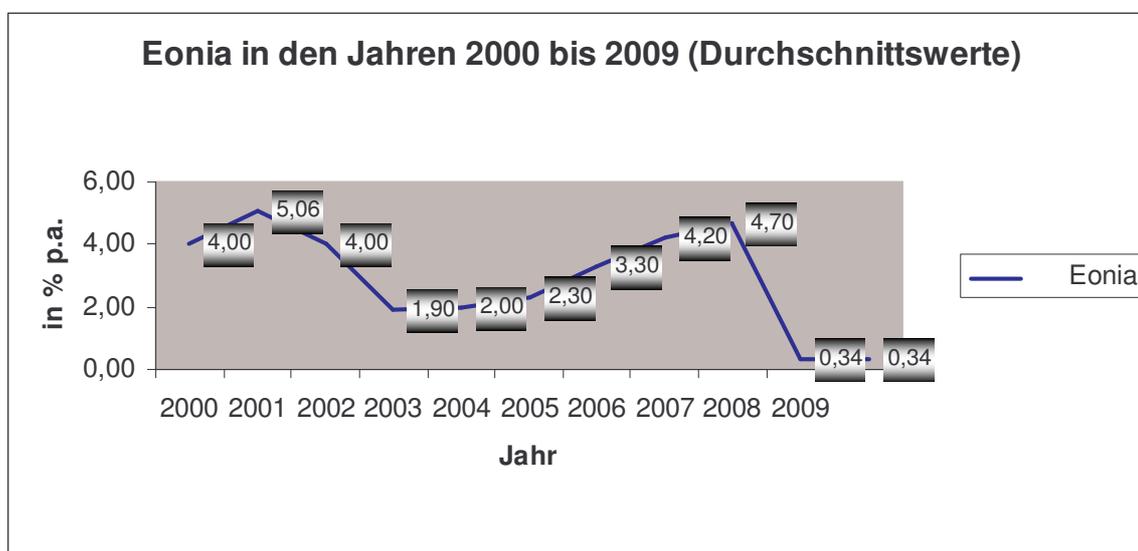
2. Entwicklung der Zinsen 2009

Seit dem Jahr 2007 wirkt eine Finanzmarktkrise in alle Bereiche des täglichen Lebens hinein. Höhepunkt der Krise war die Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers. In notwendiger Weise findet die Finanzkrise in diesem Schuldenbericht 2009 ihre Berücksichtigung.

In Form einer (fast) „rasanten Talfahrt“ wirkte sich die globale Finanzkrise auf die Zinsentwicklung im kurz- und langfristigen Bereich sowie bei den Kreditmargen aus (siehe insbesondere dazu die grafischen Darstellungen auf den folgenden Seiten).

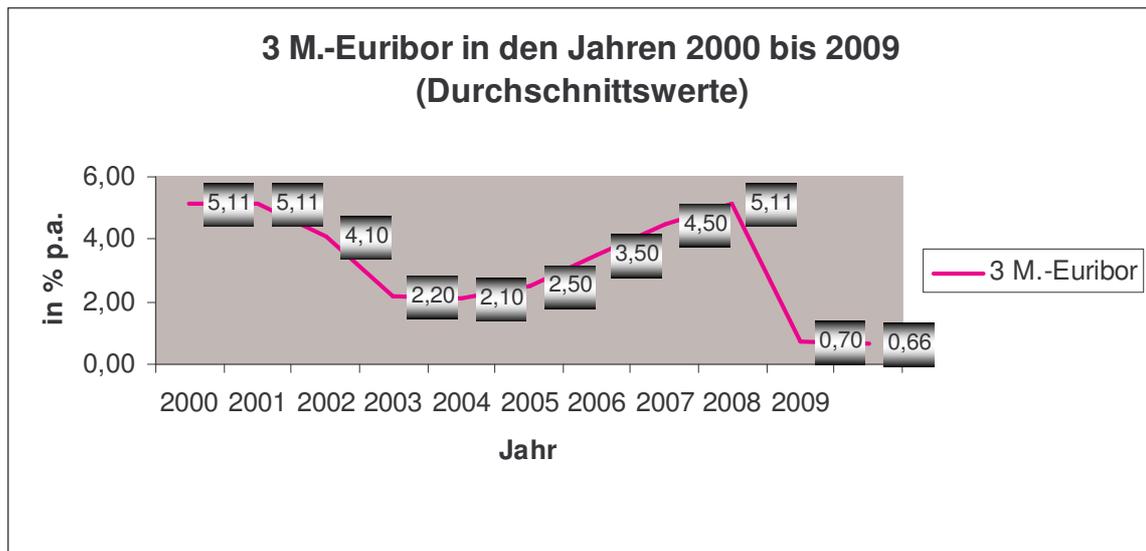
Eines der wichtigsten geldpolitischen Mittel des europäischen Finanzmarktes ist – auch in Krisenzeiten – der Leitzins der Europäischen Zentralbank EZB. Dieser wird von ihr direkt vorgegeben und orientiert sich nach allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Der Leitzins gibt hierbei an, wie hoch der Zinssatz für die in der Euro-Zone ansässigen Banken ist, wenn diese sich Geld von der EZB leihen. Der Leitzins ist somit auch maßgeblich für die Kunden der Banken, denn nach ihm richten sich weiterhin die Einlagen- sowie die Kreditzinsen.

Der Leitzins nimmt nicht nur auf die Bankkunden direkten Einfluss, sondern auch auf die Inflation. Möchte die EZB aufgrund einer geringen Inflation sowie eines stagnierenden Wirtschaftswachstums die Konjunktur ankurbeln, wird der Leitzins gesenkt. Dies hat zur Folge, dass Kredite günstiger werden und die Zinsen von Sparanlagen sinken. Somit gelangt mehr Geld in den Wirtschaftskreislauf, das Wachstum wird angekurbelt und mehr Arbeitsplätze entstehen. Durch die so von der EZB in der Praxis im Jahr 2009 umgesetzten Maßnahmen wurde in Europa ein historisches Zinstief erreicht.

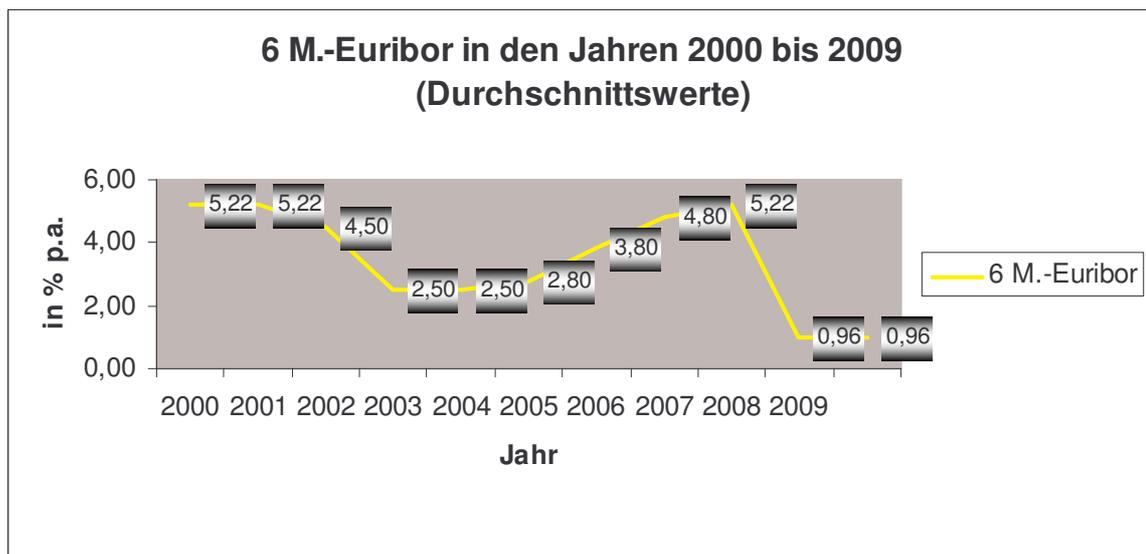


Inflation schadet sowohl Unternehmen als auch Privatpersonen. Der vornehmliche Grund für die Inflation sind sowohl die hohen Rohstoffpreise als auch die steigenden Kosten für Nahrungsmittel. Wird der Leitzins angehoben, werden Spareinlagen attraktiver und umgekehrt. Bei steigenden Zinsen werden aber auch die Kredite teurer, was die Geldleihe unattraktiver macht und einen Verzicht auf Investitionen bewirkt. In beide Richtungen muss die EZB bei Bedarf steuernd eingreifen.

Fast täglich war im vergangenen Jahr in den Medien zu vernehmen, dass Banken und Finanzinstitute bei der Vergabe von Krediten äußerst zurückhaltend auftraten.



Die zahlreichen Hiobsbotschaften vom Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarkt nehmen noch immer kein Ende. Die Inflation, die Preisentwicklung und die Arbeitslosenstatistik sind die Indikatoren der Krise.



Die 3 vorgenannten Zinssätze folgen stets dem Trend am Finanzmarkt. Optisch gleichen sich aus diesem Grund die 10 Jahres-Kurven trotz der unterschiedlichen Werte.

3. Prognose Zins- und Marktentwicklung 2010

Die US-Wirtschaft befindet sich seit über einem Jahr in einer Rezession. Der Leitzins der amerikanischen Notenbank (Fed) ist so niedrig wie seit über einem halben Jahrhundert nicht mehr. Da die Fed nun keinen Spielraum mehr für eine weitere Lockerung der Geldpolitik hat, versucht sie durch eine Vielzahl anderer Maßnahmen, u.a. durch Aufkauf von Hypotheken zwecks Senkung der Kosten für Kredite zum Hauskauf, im Rahmen einer Fed-Strategie, die weltgrößte Volkswirtschaft vor einer Kreditklemme zu bewahren.

Der Internationale Währungsfond (IWF) hat sich angesichts der anhaltenden Finanzkrise bereits im Herbst 2009 für drastische weltweite Konjunkturmaßnahmen ausgesprochen. Weltweit müssen die Regierungen umfangreiche und nachhaltige Fiskalmaßnahmen entwickeln und permanent abgleichen. Diese Maßnahmen sollten aber nicht nur auf eine Stabilisierung des Finanzsystems abzielen, sondern auch die Nachfrage antreiben und das Verbrauchervertrauen wieder herstellen. Laut IWF wird die Finanzkrise noch einige Quartale andauern.

Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, ist über die konjunkturellen Aussichten im Euroraum in Sorge. Er gehe davon aus, dass im Hinblick auf das Wachstum die Abwärtsrisiken überwiegen. Die Notenbankvolkswirte rechnen damit, dass die Wirtschaft des Euroraumes im Jahresdurchschnitt weiter schrumpfen wird. Zudem befürchten sie, dass sich die Inflationsrate zu weit nach unten von der Stabilitätsmarke entfernen könnte.

Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die deutsche Volkswirtschaft liefen bisher aufgrund der engen Handelsverflechtungen mit den von der Finanzkrise noch direkter betroffenen Ländern vor allem über die außenwirtschaftlichen Kanäle. Eine ausgeprägte Kreditklemme ist hierzulande bislang noch nicht festzustellen, aber eine Reihe von Indikatoren weist auf verschärfte Bedingungen bei der Refinanzierung von Unternehmen hin.

Deutschland befindet sich – im Zuge der weltweiten Finanzkrise und den daraus resultierenden Folgen für Wirtschaft und Konjunktur – in der tiefsten Rezession seit Gründung der Bundesrepublik. Das produzierende Gewerbe ist der weitaus am stärksten von der globalen Abschwächung betroffene Wirtschaftsbereich. Der Einzelhandel leidet auch zunehmend unter der schlechten wirtschaftlichen Lage. Zudem gehen noch immer die Exporte zurück.

Die Landeshauptstadt Magdeburg stellte selbst bei Kreditaufnahmen und Umschuldungen noch keine Probleme fest. Trotzdem ist zu spüren, dass die Bankenkrise zunehmend die Finanzierung von Bundesländern und Kommunen erschwert. Beispielsweise ist immer öfter von schlechteren Kreditkonditionen zu hören. Außerdem bieten insgesamt weniger Banken Finanzierungen an.

Nach Aussage der Banken sind für diesen Rückzug die eigene Liquiditätslage und die geringen Margen verantwortlich. Schuld sind weiterhin insbesondere die höheren Refinanzierungskosten der Institute. Das ursprüngliche Konzept, niedrig verzinste Kredite zu vergeben und sich durch extrem niedrig verzinste Pfandbriefe selbst zu finanzieren, funktioniert derzeit – trotz noch immer fallender Zinsen – nicht.

Besonders verschärft hat sich die finanzielle Lage für zahlreiche Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Schon vor der Weltfinanzkrise zeichnete sich dort als Folge des Strukturwandels eine chronische Unterfinanzierung in den städtischen Haushalten ab. Trotz intensiver Konsolidierungsbemühungen können einige Städte in dieser Situation ihre Haushalte nicht wieder ausgleichen.

Bei immer geringeren Steuereinnahmen steigen die Sozialausgaben.

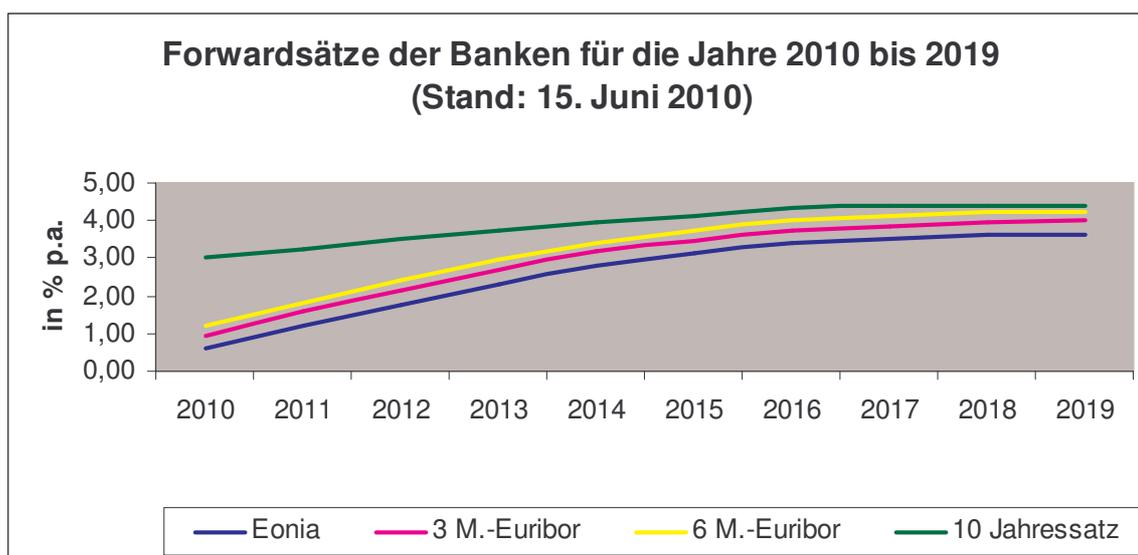
Kassenkredite, vergleichbar mit dem Dispo eines Girokontos, haben sich über die Jahre auf mehr als 10 Milliarden Euro in den Kommunen angehäuft.

Allein die Hälfte der Deckungslücken der Kommunen entsteht durch Sozialleistungen wie beispielsweise Unterkunftskosten von Langzeitarbeitslosen sowie die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Für den Abbau dieses strukturellen Defizites ist bis jetzt noch kein Lösungsweg gefunden. Auch durch den Verkauf von Eigentum ist keine wahre Entschuldung möglich. – In Nordrhein-Westfalen wird deshalb ein Fonds für Altschulden gefordert, an dem sich Bund und Länder, aber auch die Bürger, beteiligen sollen. In die Mitverantwortung könnten die Bürger beispielsweise über einen Aufschlag auf die Grundsteuer genommen werden. Dieses soll nach den Überlegungen allerdings keine dauerhafte Steuererhöhung, sondern nur eine temporäre Abgabe sein.

Auf Bundesebene hat die Finanzkrise besonders die Gewerbesteuer, die die Unternehmen an die Kommunen zahlen müssen, einbrechen lassen und tiefe Löcher in die Haushalte gerissen.

Nach Einschätzung des Deutschen Städtetages gibt die Grundtendenz bei den Kommunalfinzen zur Besorgnis Anlass. Die Gefahr einer „Abwärtsspirale“ für Kommunen in Problemregionen wird durch die o.g. zurückhaltende Kreditvergabe, oft verbunden mit verschlechterten Konditionen, noch verstärkt.



Obwohl die Forwardsätze nach einheitlichen Berechnungsvorschriften ermittelt werden – in der Gegenwart für einen Betrachtungsraum in der Zukunft –, ist ihr tatsächliches Eintreffen ungewiss.

Die aktuellen Konditionen für lange Zinsbindungen sind die niedrigsten in der Geschichte Deutschlands. Der Zinsmarkt ist auf Deflation gepreist und gerade am langen Laufzeitende ist momentan keinerlei Risiko für eine eventuelle Inflation in den nächsten Jahren erkennbar.

Hierfür und auch für den kurzfristigen Sektor wird allgemein auf dem Finanzmarkt eingeschätzt, dass mit einer moderaten Anhebung der Leitzinsen nicht vor dem IV. Quartal 2010 zu rechnen ist.

4. Handlungsparameter

Die Kreditaufnahmeentscheidungen der Landeshauptstadt Magdeburg in Bezug auf fällige Darlehen, die zur Umschuldung anstanden, wurden in den vergangenen Monaten beeinflusst durch die Kapitalmarktzinsen am langen Ende, die sich weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau befanden.

Daneben war es Ziel des Fachbereiches Finanzservice, den variablen Anteil des Kreditportfolios (u.a. auch bei den Umschuldungen des Entwicklungsträgers Rothensee) in ausgewogener Weise zu stärken, um von den niedrigen Zinsen in diesem Bereich zu partizipieren.

Angesichts der wahrscheinlich zum Jahresende 2010 beginnenden Zinswende werden schon jetzt Maßnahmen der Absicherung gegen steigende Zinsen (u.a. für einen Teil der Kassenkredite) geprüft.

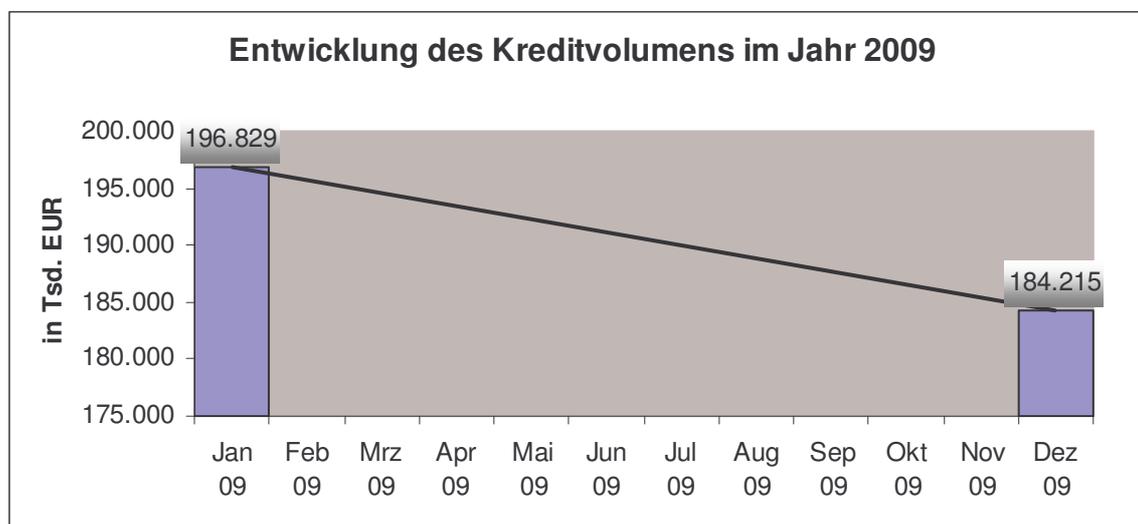
5. Kreditportfolio 2009 der Landeshauptstadt Magdeburg

Das Kreditportfolio der Landeshauptstadt Magdeburg umfasst die Kredite der Landeshauptstadt Magdeburg und der Eigenbetriebe, d.h. des EB Kommunales Gebäudemanagement, des EB Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg, des EB Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb, des EB Puppentheater, des EB Theater Magdeburg und des EB Konservatorium „G. P. Telemann“.

Einbezogen in diesen Schuldenbericht werden zusätzlich die Schulden des Entwicklungsträgers KGE für Rothensee, die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung und die Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen (Bürgschaften und Public Private Partnership bei der Schulsanierung).

5.1 Kreditvolumen

Am 31.12.2009 bestanden 68 Kredite (01.01.2009: 43 Kredite).



Das Kreditvolumen (Kredit-Ist) betrug am 31.12.2009 insgesamt 184.215 Tsd. EUR (01.01.2009: 196.829 Tsd. EUR). Das Kreditvolumen der Landeshauptstadt Magdeburg sank im Jahr 2009 um 6,4 %.

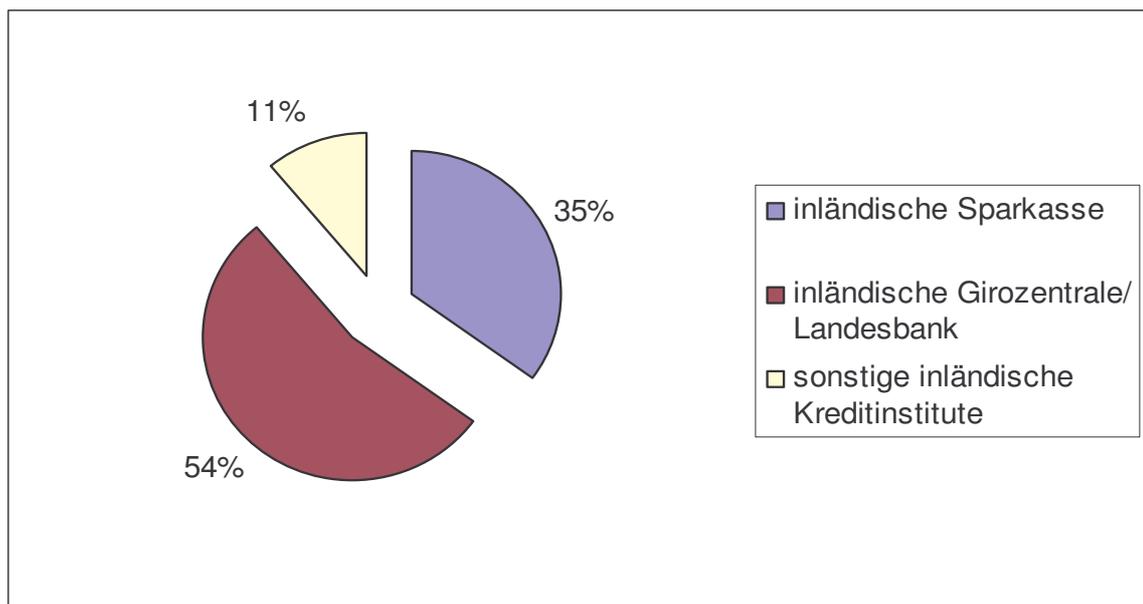
5.2 Art der Schulden*

Die (ausschließlich externen) Kreditgeber der Landeshauptstadt Magdeburg lassen sich den Kreditgebergruppen Sparkassen, inländischen Girozentralen/Landesbanken und sonstigen inländischen Kreditinstituten zuordnen.

Art der Schulden* (in Tsd. EUR)	01.01.2009	31.12.2009
inländische Sparkasse	67.643	63.568
inländische Girozentrale/Landesbank	108.101	100.011
sonstige inländische Kreditinstitute	21.085	20.636
Summe	196.829	184.215

* Zuordnung nach der jährlichen Erhebung des Statistischen Landesamtes S-A

Die Anteile der externen Kreditgeber sind aus der folgenden Grafik ersichtlich:

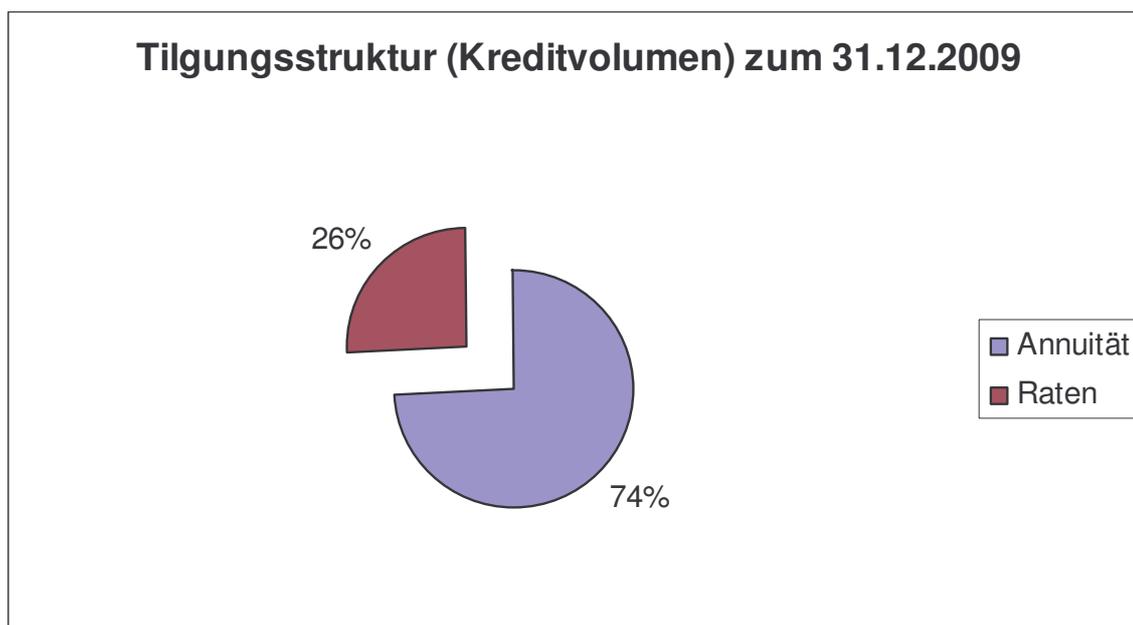


5.3 Tilgungsarten und -struktur

Für die Tilgung der Kredite wurden die Tilgungsarten annuitätische Tilgung (festgeschriebener Betrag aus der Summe von Zins und Tilgung) und Ratentilgung (festgeschriebene Tilgung) vereinbart.

Tilgungsarten (in Tsd. EUR)	01.01.2009	31.12.2009
Annuitäten	143.574	136.521
Raten	53.255	47.694
Summe	196.829	184.215

Die Tilgungsstruktur stellt sich folgendermaßen dar:



5.4 Tilgungsleistung

Zu- und Abgänge in Tsd. EUR:

196.829 Schuldenstand zum 31.12.2008/01.01.2009

-
- + 2.044 Kreditaufnahme KP II
 - + 7.999 Umschuldungen
 - 7.999 Umschuldungen
 - 5.703 Tilgung inländische Sparkassen
 - 7.364 Tilgung inländische Girozentrale/Landesbank
 - 449 Tilgung sonstige inländische Kreditinstitute
 - 1.142 Tilgung KommInvest

184.215 Schuldenstand zum 31.12.2009

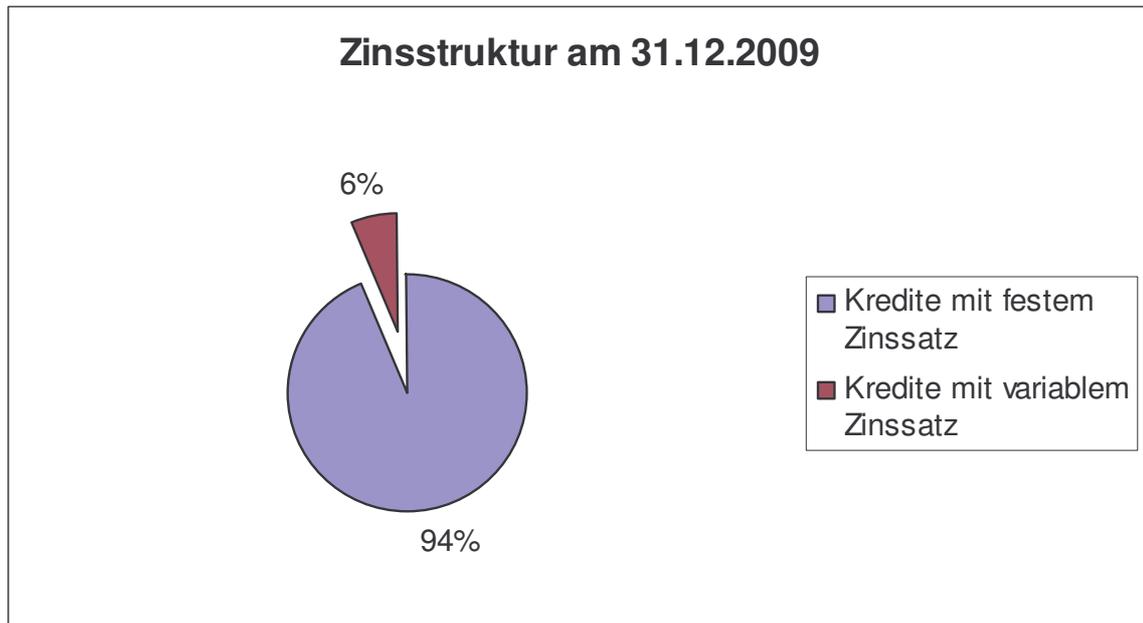
Die Tilgungsleistung betrug 12.614 Tsd. EUR (2008: 12.991 Tsd. EUR).

5.5 Zinsarten und -struktur

Die abgeschlossenen Kreditverträge der Landeshauptstadt Magdeburg enthielten, unter Berücksichtigung von Zinnsicherungsinstrumenten, Zinszahlungen auf der Basis von festen und variablen Zinssätzen.

Kredite (in Tsd. EUR)	01.01.2009	31.12.2009
mit festem Zinssatz	192.411	176.884
mit variablem Zinssatz	4.418	7.331
Summe	196.829	184.215

Die Zinsstruktur ergibt sich aus folgender Darstellung:

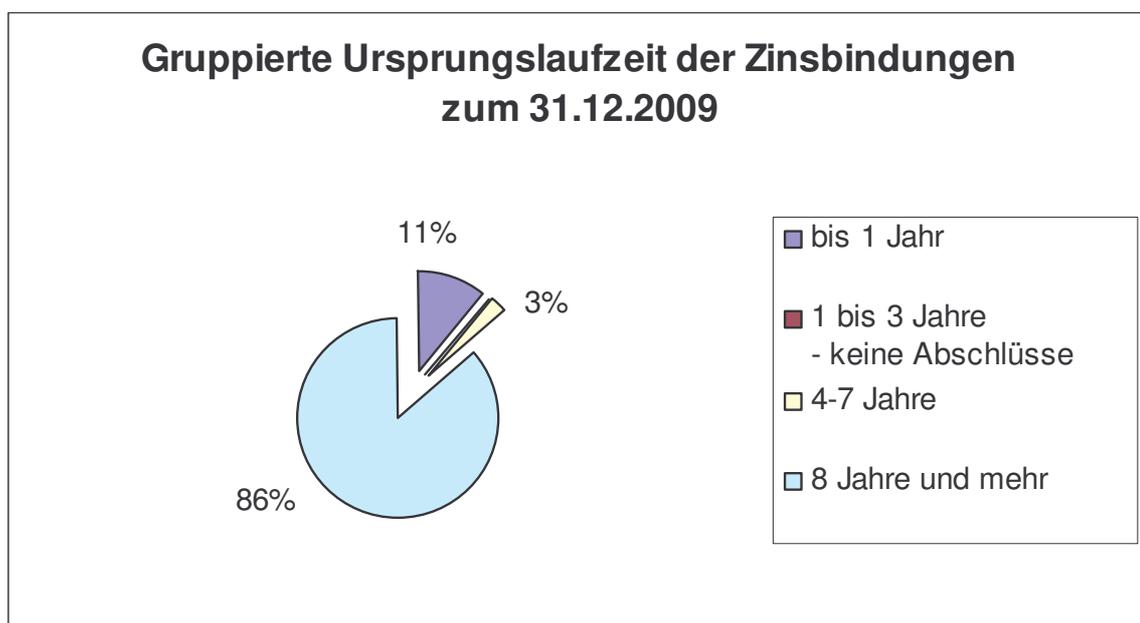


Von den 68 Krediten der Landeshauptstadt Magdeburg am 31.12.2009 sind 64 Kredite mit einem festen Zinssatz und 4 Kredite mit einem variablen Zinssatz vereinbart.

5.6 Laufzeiten der Zinsbindung

Die Laufzeiten der Zinsbindung der für die Landeshauptstadt Magdeburg aufgenommenen Kredite, unter Berücksichtigung von eingesetzten Zinssicherungsinstrumenten, sind aus den beiden folgenden Grafiken ersichtlich.

Eine auf die Bereiche Geldmarkt (Ursprungszinsbindung 1 Tag bis unter 1 Jahr) und Kapitalmarkt (unterteilt in die Ursprungszinsbindungen kurzfristig von 1 Jahr bis zu inkl. 3 Jahren, mittelfristig von 4 bis zu inkl. 7 Jahren und langfristig von 8 und mehr Jahren) konzentrierte Darstellung vermittelt folgende Information:



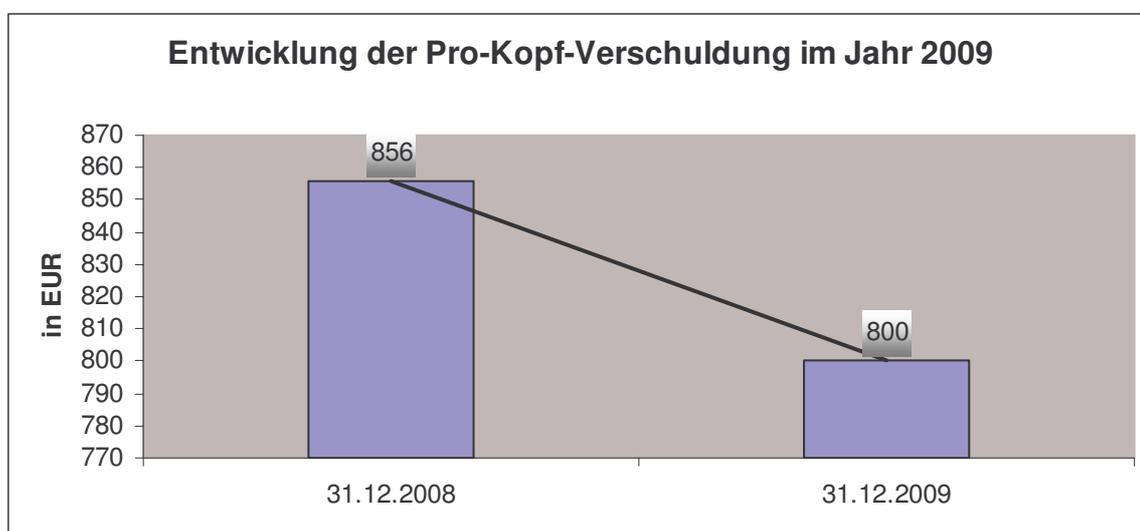
5.7 Zinsausgaben

Für die Kredite der Landeshauptstadt Magdeburg wurden im Jahr 2009, unter Berücksichtigung von Zinssicherungsinstrumenten, Zinsausgaben in Höhe von insgesamt 8.962 Tsd. EUR (2008: 9.680 Tsd. EUR) geleistet.

5.8 Durchschnittszins, Kreditportfolio und Pro-Kopf-Verschuldung

Der Durchschnittszins des Kreditportfolios der Landeshauptstadt Magdeburg zum 31.12.2009 (Stichtagsbetrachtung) lag bei 4,36 % (2008: 4,38 %).

Die Pro-Kopf-Verschuldung der Landeshauptstadt Magdeburg zum 31.12.2009 berechnet sich aus dem Einwohnerstand zum 31.12.2009 (230.140 Einwohner) und dem Kreditvolumen zum 31.12.2009 (184.215 Tsd. EUR). Die Pro-Kopf-Verschuldung betrug zum 31.12.2009 800 EUR (31.12.2008: 856 EUR).



5.9 Zinssicherungsgeschäfte

Zur Zinssicherung von 2 Krediten wurden 1999 bzw. 2000 2 Doppelswaps mit einem Ursprungsbetrag in Höhe von jeweils 12.662 Tsd. EUR und einer Laufzeit von 15 Jahren abgeschlossen. Weitere Zinstauschgeschäfte bestehen nicht.

6. Kreditaufnahmen 2009 der Landeshauptstadt Magdeburg

6.1 Kreditneuaufnahmen und Umschuldungen/Prolongationen

Für die Landeshauptstadt Magdeburg wurden 25 Kredite neu aus dem Konjunkturpaket II mit einem Volumen von 2.044 Tsd. EUR aufgenommen.

Es wurden 2 Umschuldungen mit einem Volumen von 7.999 Tsd. EUR durchgeführt.

Für die Eigenbetriebe wurden keine Kredite neu aufgenommen und keine Umschuldungen durchgeführt.

6.2 Kreditgeber

Die Kreditaufnahmen und die Umschuldungen wurden – nach Angebotseinholung – bei öffentlichen Banken durchgeführt.

6.3 Tilgungsarten

Die 25 Kreditneuaufnahmen erfolgten als Annuitäten- und die 2 Umschuldungen als Ratenkredite.

6.4 Zinsarten

Die 25 Kreditneuaufnahmen aus dem Konjunkturpaket II wurden mit einem besonders geförderten Festzinssatz in Höhe von 1,9 % p.a. abgeschlossen. Jeweils zum variablen 3-Monats-Euribor erfolgten die 2 Umschuldungen.

6.5 Zinsbindungsdauer

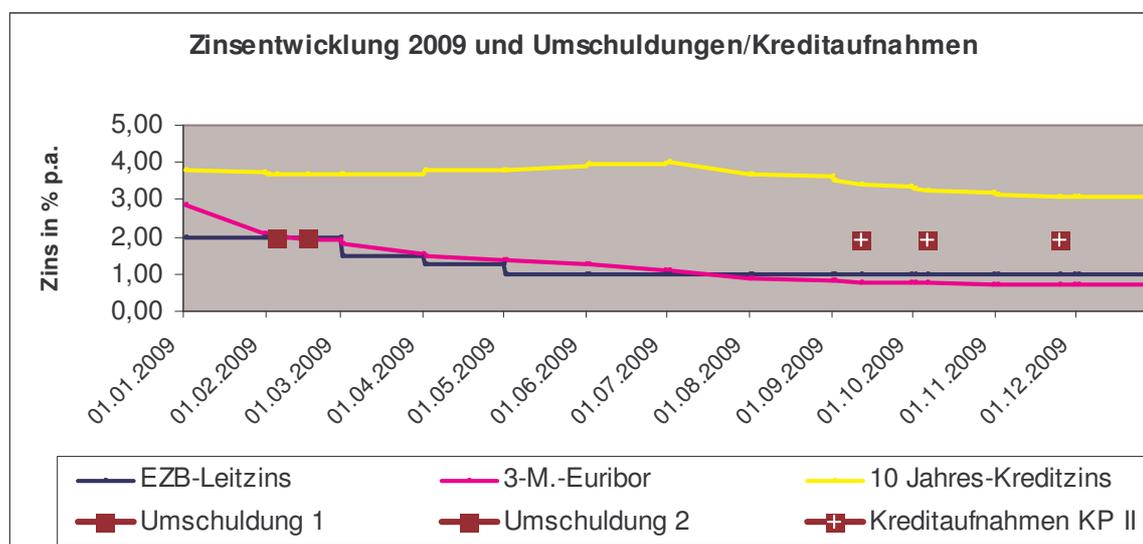
Aus nachfolgender Tabelle ist die Zinsbindungsdauer der abgeschlossenen Kreditverträge der Jahre 2008 und 2009 ersichtlich:

Zinsbindungsdauer	Anzahl der abgeschlossenen Kreditverträge	
	2008 *	2009
bis 1 Jahr	-	2
8 bis 10 Jahre	-	25
Summe	-	27

* In diesem Jahr keine neuen Kreditaufnahmen.

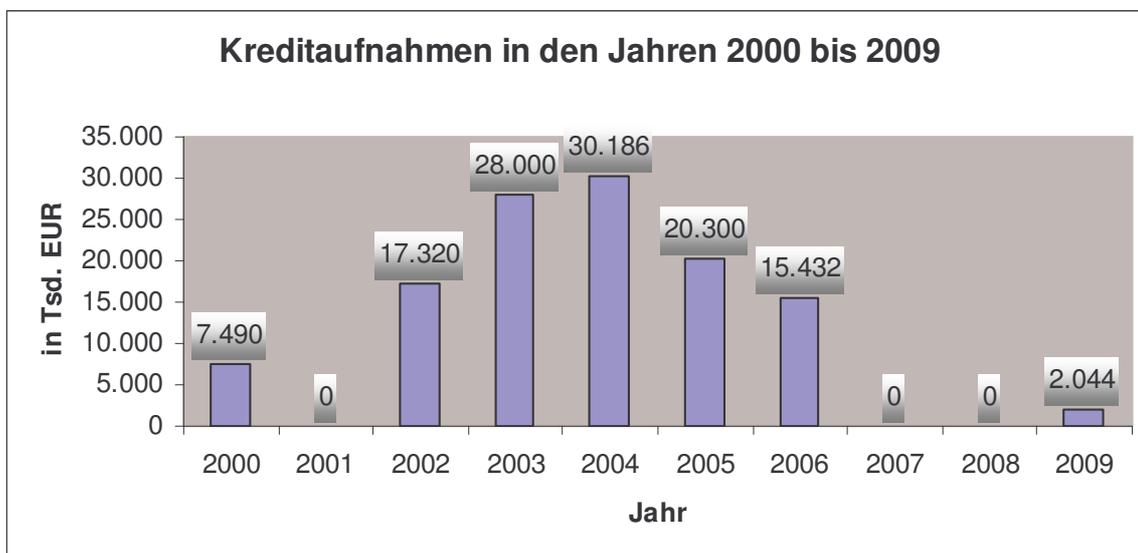
6.6 Zinsentwicklung und Aufnahmezeitpunkt

In der folgenden Grafik ist der Aufnahmezeitpunkt der Kredite (Kreditneuaufnahmen und Umschuldungen) im Zusammenhang mit der Zinsentwicklung im Jahre 2009 dargestellt.



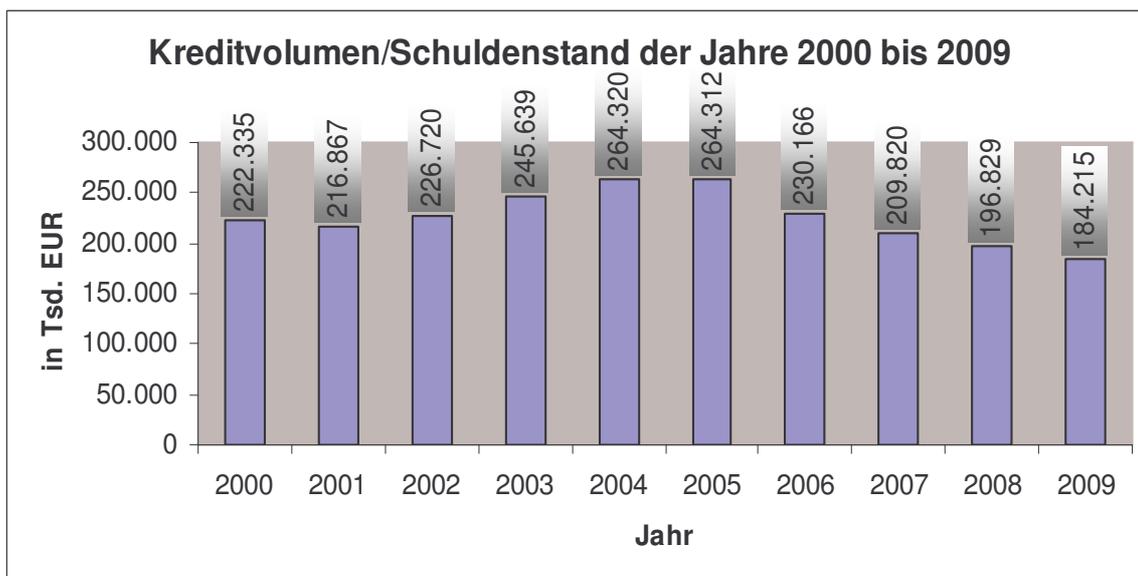
7. Haushalt 2000-2009 und STARK II

Die Kreditaufnahme des städtischen Haushaltes hat sich in den Jahren 2000 bis 2009 wie folgt entwickelt:

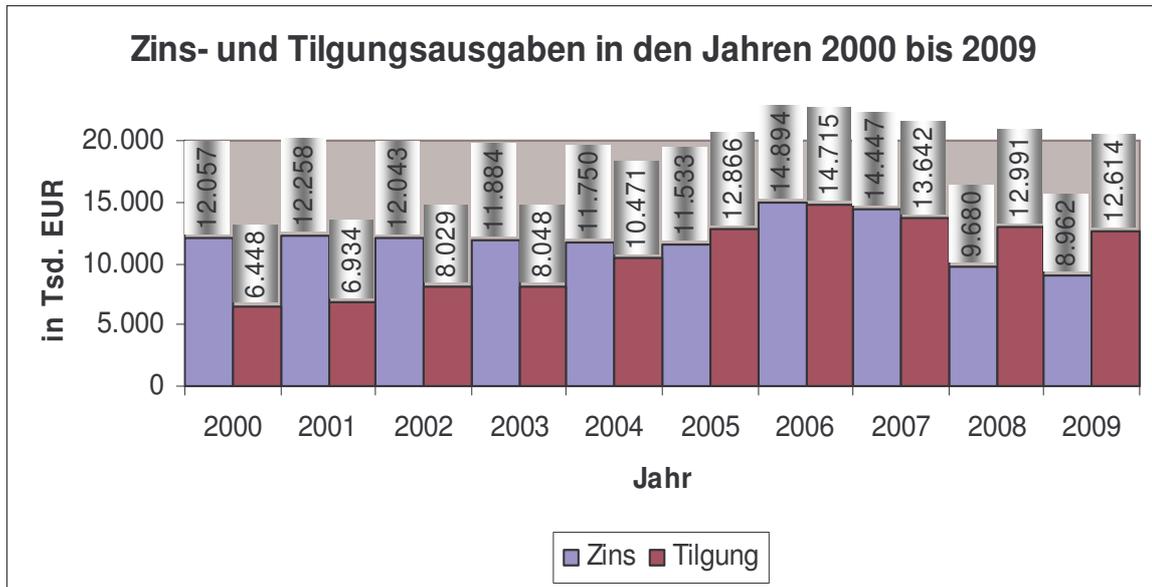


Von den aufgenommenen Krediten des städtischen Haushaltes wurden in den Jahren 2007 und 2008 insgesamt 1.863 Tsd. EUR an die Eigenbetriebe übertragen (EB Puppentheater 190 Tsd. EUR, EB KGM 30 Tsd. EUR, EB Theater 1.595 Tsd. EUR und EB Konservatorium 48 Tsd. EUR).

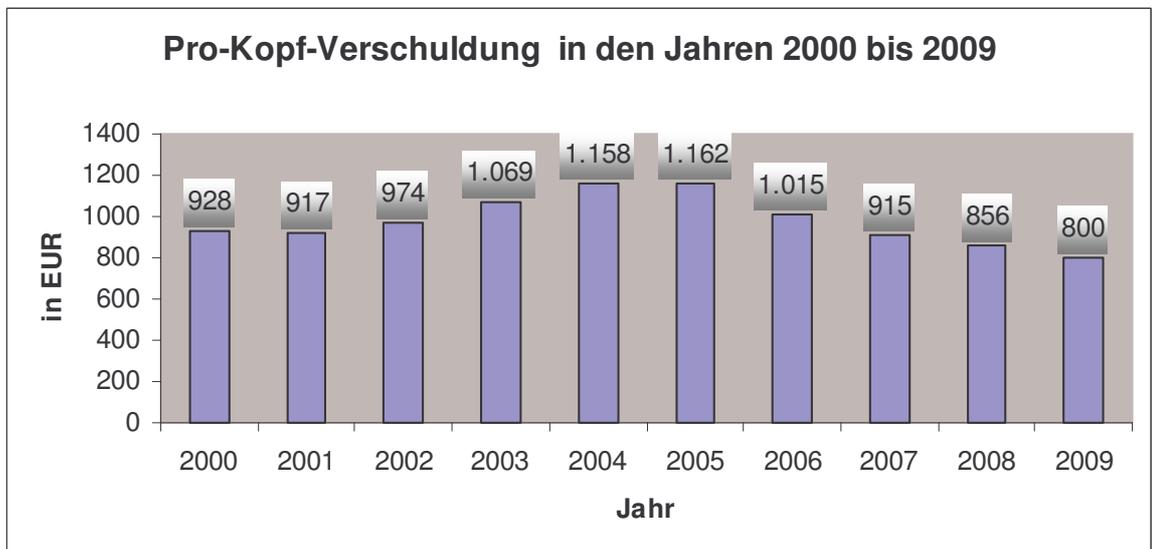
Die Entwicklung des Kreditvolumens – unter Einbeziehung der genannten Kreditübertragungen – des städtischen Haushaltes (jeweils zum 31.12.) ergibt sich aus der folgenden grafischen Darstellung:



Die Zins- und Tilgungsausgaben (einschließlich Zahlungen aus Zinssicherungsinstrumenten) entwickelten sich in den Jahren 2000 bis 2009 folgendermaßen:



Die Pro-Kopf-Verschuldung des städtischen Haushaltes entwickelte sich in den Jahren 2000 bis 2009 wie folgt:



Das Förderprogramm „Sachsen-Anhalt STARK II“ ist ein Beitrag des Landes zum Schuldenabbau der Kommunen mit dem Ziel, mittelfristig finanzielle Freiräume durch nachhaltige Entlastung beim Schuldendienst zu schaffen und die Wiederherstellung einer dauerhaften Leistungsfähigkeit zu sichern.

Die Investitionsbank Sachsen-Anhalt bietet im Auftrage des Landes Sachsen-Anhalt das zinsverbilligte Teilentschuldungsprogramm STARK II an. Unterstützt wird das Programm u.a. durch die günstigen Refinanzierungsmittel der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank.

Vom Förderprogramm ausgeschlossen ist die Ablösung von Kassenkrediten und bestehender Verbindlichkeiten, bei denen die Kommune nicht der direkte Schuldner ist.

Berechnet wird der Förderhöchstbetrag zum Stichtag 31.12.2008 auf Basis des Schuldenstandes 2008. Für die Landeshauptstadt Magdeburg beträgt nach der Förderliste für die Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte die Summe der förderfähigen Darlehen 92.698.450 EUR, der Entschuldungsbetrag 27.809.535 EUR und die innerhalb von 10 Jahren zu tilgende Restschuld 64.888.915 EUR.

Die Investitionsbank Sachsen-Anhalt löst im Rahmen des Förderprogrammes bei den jeweiligen Kreditinstituten die Darlehen bis zur vollen Höhe des Ablösebetrages ab und gewährt der Kommune entsprechende Annuitätendarlehen für die um 30 % minimierten Restdarlehen mit einer Laufzeit von 10 Jahren. Die Darlehensvergabe erfolgt zu einem verbilligten Zinssatz, der zu jeder Ablösung/Umschuldung entsprechend der Marktlage festgesetzt wird. Derzeitig liegt der verbilligte Zinssatz bei 1,9 %. Die Ablösungen erstrecken sich über einen Zeitraum von 2010 bis 2015.

Berechnungen des Fachbereiches Finanzservice mit fiktiven Zinssätzen haben ergeben, dass bei Inanspruchnahme des Entschuldungsprogrammes neben der Ablösung des 30% igen Tilgungsanteils auch eine Minimierung der Zinsausgaben i.H. von ca. 26.165 Tsd. EUR innerhalb von 10 Jahren erwirtschaftet werden kann.

Bestandteil des jeweiligen Darlehensvertrages ist die Vereinbarung über eine Konsolidierungspartnerschaft zwischen der Kommune und der Investitionsbank Sachsen-Anhalt, die Auflagen und Verpflichtungen des Kreditnehmers nach der Definition bestimmter Indikatoren enthält, die einerseits der Information und andererseits der Kontrolle durch Zielwertfestlegung dienen. Indikatoren zur Information sind die Haushaltsfehlbeträge, die Liquiditätssicherungskreditquote und die Personalaufwendungen in den Folgejahren. Zu den Indikatoren mit Zielwertfestlegung zählen die Kreditverbindlichkeiten je Einwohner, die Schuldendienstquote und die Verwaltungstätigkeitsquote. Diese Indikatoren werden innerhalb von sog. Korridoren A, B und C kontrolliert. Die Korridore werden für jede Kommune gemeinsam mit dem Ministerium des Innern und dem Ministerium für Finanzen festgelegt.

Die Prüfung der Einhaltung der Vereinbarung zur Konsolidierungspartnerschaft nach Gewährung der Darlehen und Tilgungszuschüsse wird durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt auf Basis der jährlich zum 31.03. vorzulegenden Fortschrittsberichte der Kommunen vorgenommen.

Kann eine Kommune die Vereinbarung zum Korridor C (mehr als 20 % Abweichung von den Ursprungswerten im negativen Sinne) nicht einhalten und wird die entsprechende Begründung dazu vom Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt nicht akzeptiert, kann die Investitionsbank Sachsen-Anhalt zunächst für ein Jahr einen Aufschlag von 2,5 %-Punkten auf den verbilligten Darlehenszinssatz erheben.

Die Antragstellung erfolgt auf der Grundlage des kameralen Jahresabschlusses 2009, weshalb die Fortschreibung und Kontrolle ab 2010 auf der Grundlage der Doppik differenziert zu betrachten bzw. für 2010/11 neu festzusetzen ist. Das erste Jahr ab Antragstellung wird als Probejahr angesehen, die Indikatoren können danach entsprechend den Gegebenheiten neu festgelegt werden.

8. Eigenbetriebe

Die Eigenbetriebe der Landeshauptstadt Magdeburg sind Sondervermögen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Die Schulden der Eigenbetriebe sind damit Schulden der Landeshauptstadt Magdeburg.

Die mit Krediten belasteten Eigenbetriebe der Landeshauptstadt Magdeburg sind

- der EB Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg,
- der EB Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb,
- der EB Puppentheater Magdeburg,
- der EB Theater Magdeburg,
- der EB Konservatorium „G. P. Telemann“ und
- der EB Kommunales Gebäudemanagement.

Zum Schuldenstand werden im Überblick die folgenden Informationen gegeben.

Eigenbetrieb Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg

Schuldenstand am 31.12.2009: 3.449 Tsd. EUR

Eigenbetrieb Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb

Schuldenstand am 31.12.2009: 1.144 Tsd. EUR

Eigenbetrieb Puppentheater Magdeburg

Schuldenstand am 31.12.2009: 125 Tsd. EUR

Eigenbetrieb Theater Magdeburg

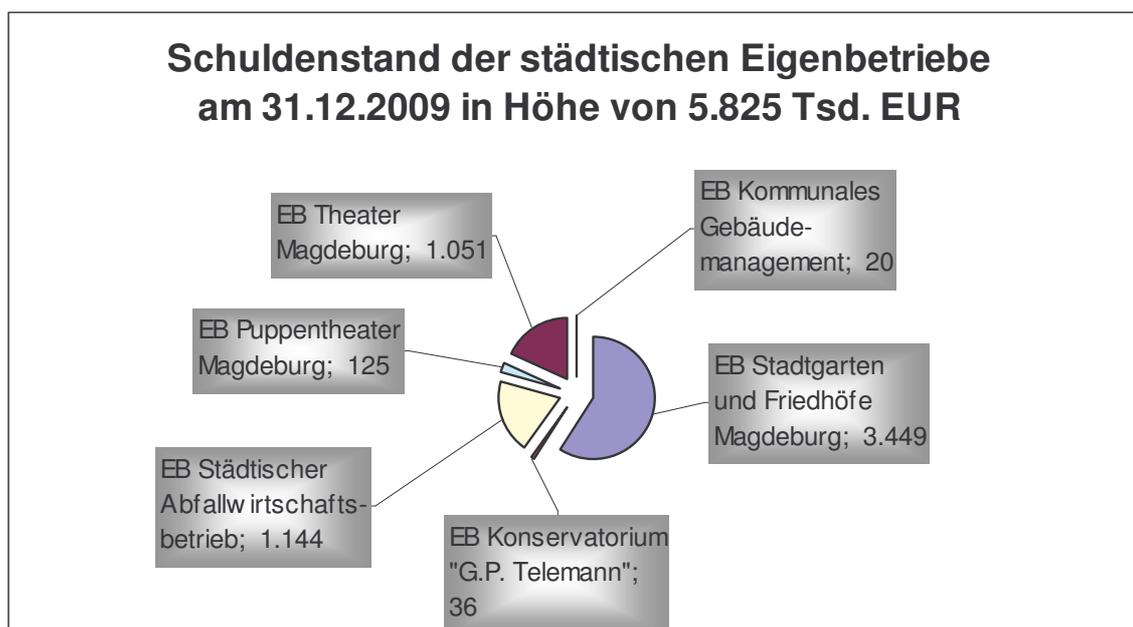
Schuldenstand am 31.12.2009: 1.051 Tsd. EUR

Eigenbetrieb Konservatorium „G. P. Telemann“

Schuldenstand am 31.12.2009: 36 Tsd. EUR

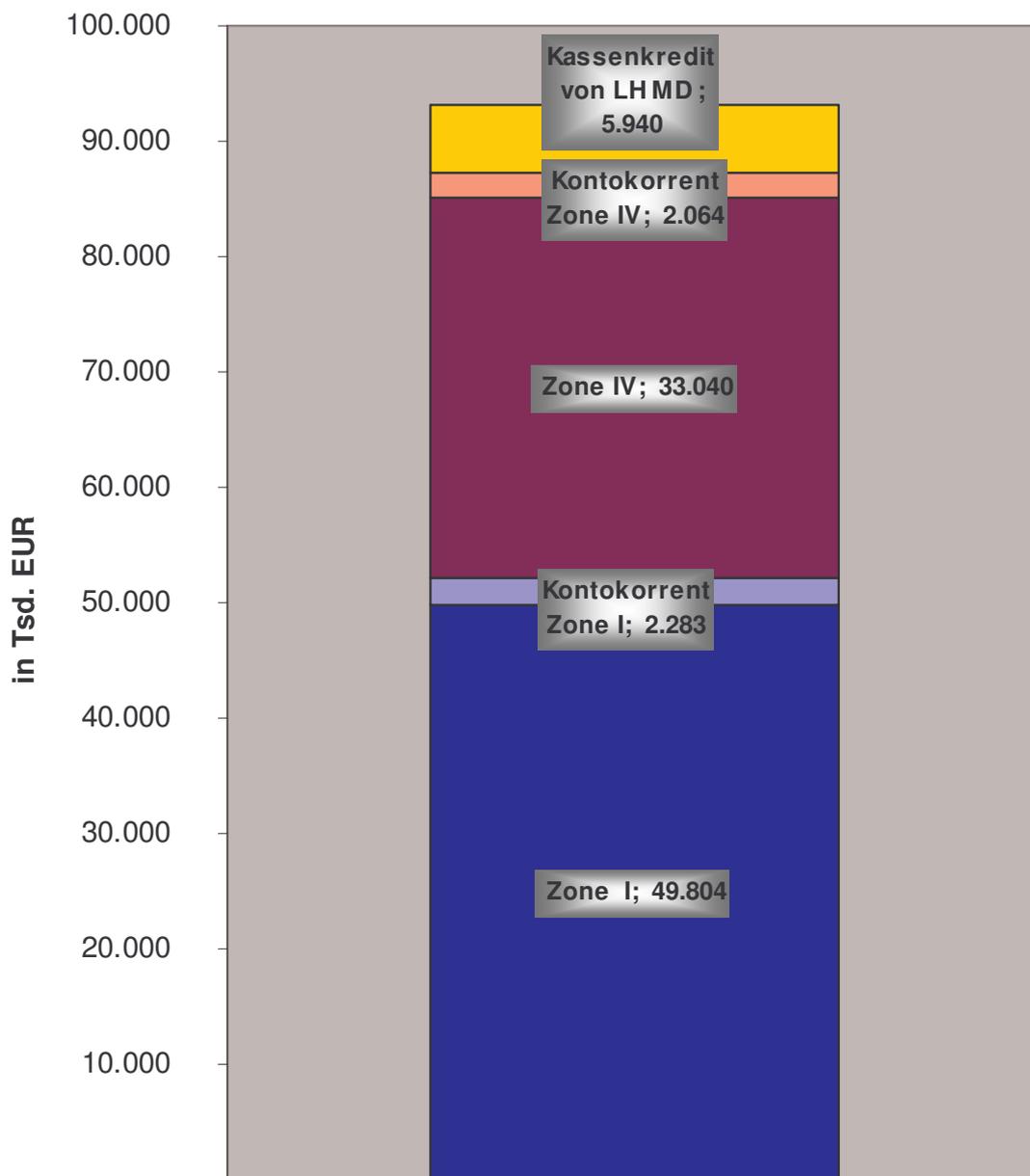
Eigenbetrieb Kommunales Gebäudemanagement

Schuldenstand am 31.12.2009: 20 Tsd. EUR



9. Schulden des Entwicklungsträgers KGE für Rothensee

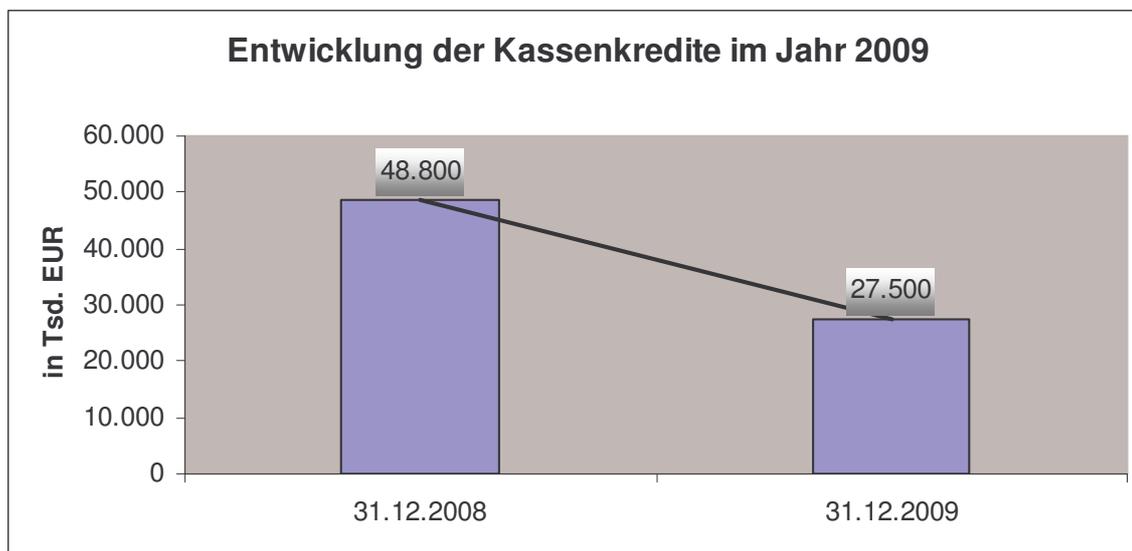
**Schuldenstand KGE Rothensee am 31.12.2009:
87.224 Tsd. EUR zzgl. Kassenkredit i.H. von 5.940
Tsd. EUR für die Zone IV (Ges.: 93.164 Tsd. EUR)**



Der Schuldenstand bezüglich investiver Kredite bewegt sich im Rahmen des durch die Kommunalaufsicht (LVwA) genehmigten Kreditvolumens (89.600 Tsd. EUR).

10. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung

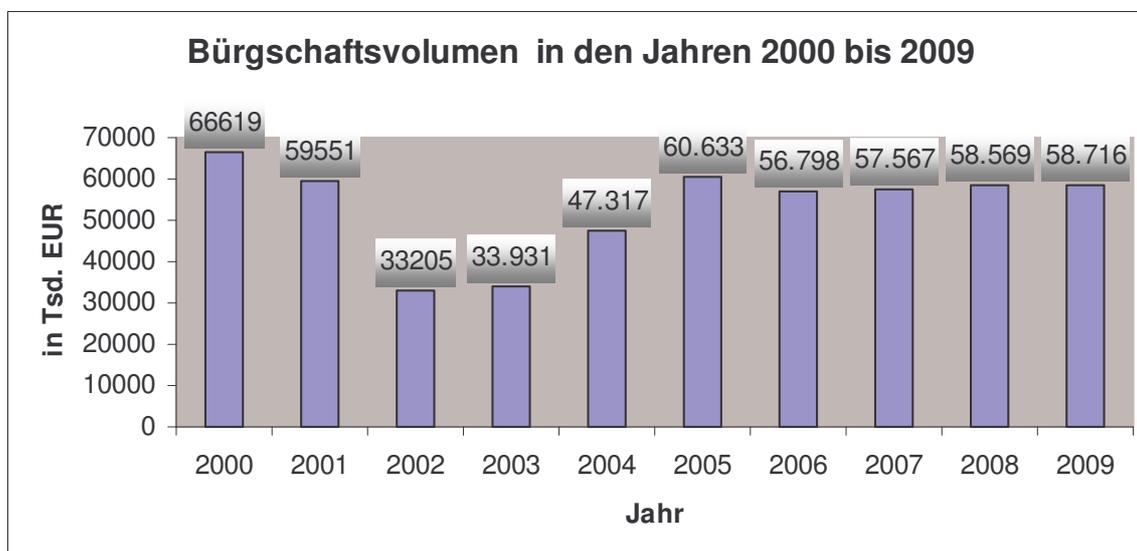
Kassenkredite dienen zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen und nicht zur Finanzierung des Haushaltes bzw. der Wirtschaftspläne. Kassenkredite sind damit zwar Verbindlichkeiten der Landeshauptstadt Magdeburg, aber keine Kredite im eigentlichen Sinn. Die Kassenkredite werden im Schuldenbericht nur nachrichtlich aufgeführt. Der in der Haushaltssatzung festgelegte Höchstbetrag für das Jahr 2009 betrug 220.000 Tsd. EUR.



11. Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

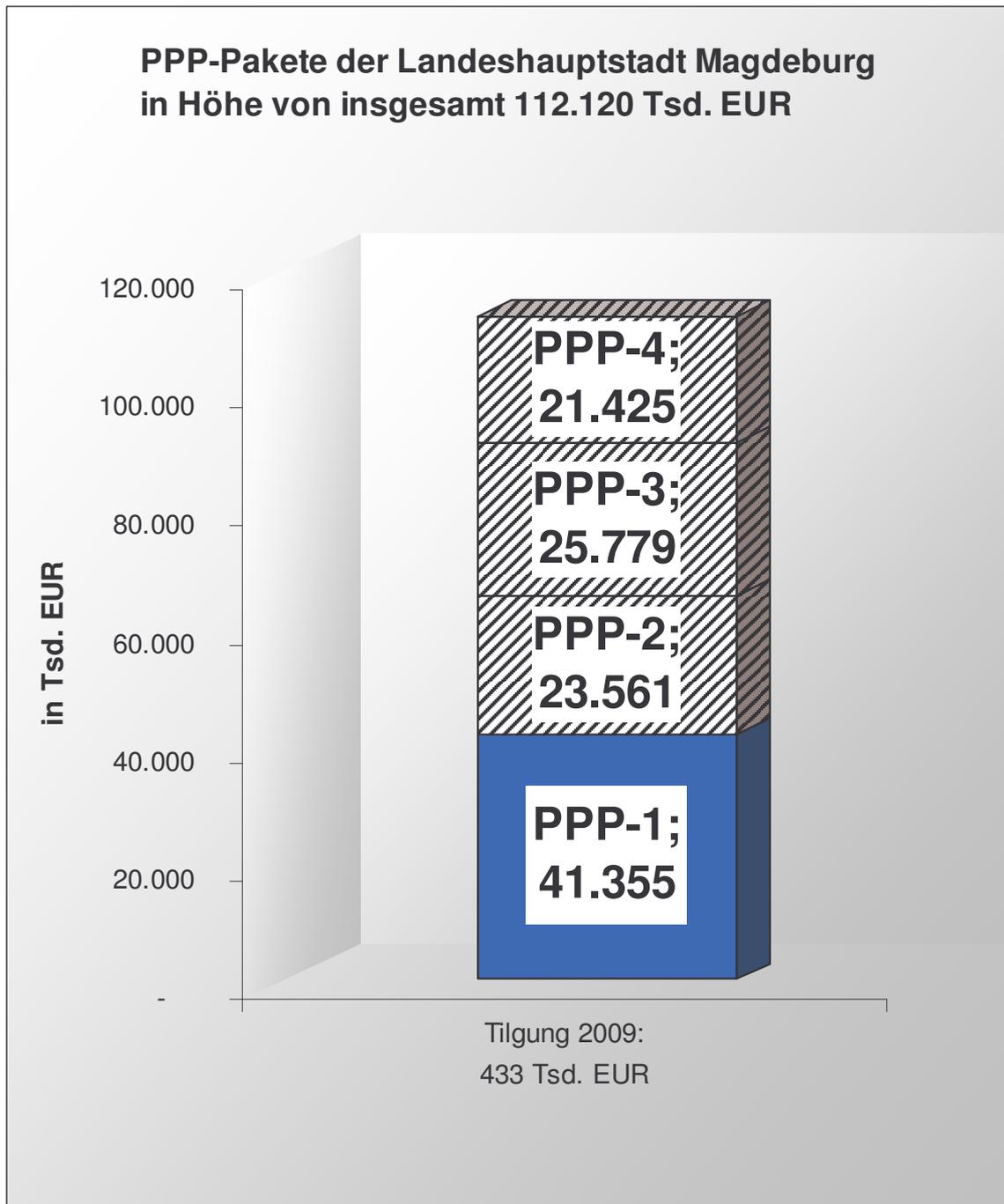
11.1 Bürgschaften

Die Landeshauptstadt Magdeburg hatte am 31.12.2009 insgesamt 51 Bürgschaften mit einer Restschuld in Höhe von 58.716 Tsd. EUR (01.01.2009: 50 Bürgschaften mit einer Restschuld in Höhe von 58.569 Tsd. EUR) zugunsten von städtischen Beteiligungsgesellschaften übernommen. Eine Inanspruchnahme aus Bürgschaften erfolgte nicht.



11.2 Public Private Partnership bei der Schulsanierung

In-Kraft-treten	Volumen in Tsd. EUR	Beginn der Tilgungen
Paket 1	41.355	04.08.2009
Paket 2	23.561	15.02.2010
Paket 3	25.779	01.02.2011
Paket 4	21.425	28.02.2012
	112.120	



12. Glossar

Bürgschaften

Die Bürgschaft ist ein einseitig verpflichtender Vertrag, durch den sich der Bürge gegenüber dem Gläubiger eines Dritten (des so genannten Hauptschuldners) verpflichtet, für die Erfüllung der Verbindlichkeiten des Dritten einzustehen.

Derivate

Zinsderivate sind Finanz-(termin)geschäfte i.S.d. § 19 Abs. 1 Satz 1 des Kreditwesengesetzes, deren Preis unmittelbar vom Zinssatz abhängt, z.B. Cap (Zinsbegrenzung gegen steigende Zinsen) und Floor (Zinsbegrenzung gegen sinkende Zinsen).

Doppelswap

Mittels eines Doppelswaps lassen sich bestehende Zinsbelastungen reduzieren und gleichzeitig eine Planungssicherheit für die Zukunft schaffen.



Die Darlehensnehmerin erhält aus dem Doppelswap den Festzins des bereits laufenden Darlehens (Grundgeschäft).

Sie zahlt dafür in den Swap einen neuen Doppelswap-Festzins.



Nach Ablauf der bestehenden Festzinsvereinbarung wird das Darlehen in ein variables Euribor-Darlehen umgestellt.

Die Darlehensnehmerin zahlt in das variable Darlehen einen variablen Zinssatz auf Euribor-Basis zzgl. einer Kreditmarge.

Aus dem Swap erhält die Darlehensnehmerin einen entsprechenden variablen Zins auf Euribor-Basis. In den Swap zahlt sie den neuen Doppelswap-Festzins.

Als Ergebnis zahlt die Darlehensnehmerin sofort den neuen Doppelswap-Festzins (den Festzins für das Grundgeschäft erhält sie zurück – siehe Phase 1). Ab der Zinsanpassung kommt zu diesem Doppelswap-Festzins die Kreditmarge des variablen Darlehens hinzu.

EONIA

EONIA ist die Abkürzung für Euro Overnight Index Average. Darunter versteht man den Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der seit April 1999 von der EZB auf Basis effektiver Umsätze berechnet wird.

EURIBOR

EURIBOR (Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, zu dem europäische Banken untereinander Einlagen mit festgelegter Laufzeit innerhalb Europas anbieten. Er gilt seit 1999 und wird täglich berechnet.

Eigenbetrieb

Sondervermögen der Landeshauptstadt Magdeburg ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Nach außen werden die rechtlichen Handlungen des jeweiligen Eigenbetriebes der Stadt zugerechnet. Das entsprechende Pendant bei Bundesländern ist der Landesbetrieb.

EZB

Die Europäische Zentralbank (EZB; engl. European Central Bank, ECB; frz. Banque Centrale Européenne, BCE) ist die gemeinsame Währungsbehörde der Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion und bildet mit den nationalen Zentralbanken der EU-Staaten das Europäische System der Zentralbanken. Sie wurde 1998 im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gegründet und hat ihren Sitz im Eurotower in Frankfurt am Main. Die Arbeit und die Aufgaben der EZB wurden in dem im Jahre 1992 in Maastricht geschlossenen Vertrag über die Europäische Union sowie in verschiedenen Protokollen geregelt. Die EZB ist eine Institution, welche für die Überwachung des Bankensystems und für die Regulierung der Geldmenge im Euro-Raum zuständig ist. Die Zentralbank der Bundesrepublik Deutschland ist die **Deutsche Bundesbank**.

Fed

Das **Federal Reserve System**, oft auch **Federal Reserve** oder **Fed** genannt, ist das Zentralbank-System der USA, das allgemein auch **US-Notenbank** genannt wird. Es besteht aus dem **Board of Governors**, zwölf regionalen **Federal Reserve Banks** und einer Vielzahl von Mitgliedsbanken und anderen Institutionen. Da die Mitgliedsbanken gleichzeitig die Eigentümer der Federal Reserve sind, das Direktorium aber vom US-Präsidenten ernannt wird, ist das Federal Reserve System teils privat und teils staatlich strukturiert.

Geldmarktkredite

Kredite mit einer Zinsfestschreibung bis zu einem Jahr.

IWF

Der **Internationale Währungsfonds** (IWF; engl. International Monetary Fund, IMF; auch bekannt als **Weltwährungsfonds**) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Er

ist eine Schwesterorganisation der Weltbank-Gruppe und hat seinen Sitz in Washington, D.C., USA. Zu seinen Aufgaben gehören: Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik, Ausweitung des Welthandels, Stabilisierung von Wechselkursen, Kreditvergabe und Überwachung der Geldpolitik.

Kapitalmarktkredite

Kredite mit einer Zinsfestschreibung von einem Jahr und darüber.

Kassenkredite

Kassenkredite dienen zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen und nicht zur Finanzierung des Haushaltes bzw. der Wirtschaftspläne. Kassenkredite sind damit zwar Verbindlichkeiten der Landeshauptstadt Magdeburg, aber keine Kredite im haushaltsrechtlichen Sinne.

KfW

Die KfW Bankengruppe oder KfW (früher Kreditanstalt für Wiederaufbau) ist eine Anstalt des öffentlichen Rechtes. Die Aufgabe der KfW besteht in der Realisierung von öffentlichen Aufträgen wie der Förderung von Mittelstand und Existenzgründern, der Gewährung von Investitionskrediten an kleine und mittlere Unternehmen sowie der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben und Wohnungsbau, der Finanzierung von Energiespartechniken und der kommunalen Infrastruktur. Weitere Betätigungsfelder sind Bildungskredite, Export- und Projektfinanzierung sowie die Entwicklungszusammenarbeit.

KGE Rothensee

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Rothensee der Landeshauptstadt Magdeburg mit der KGE Kommunalgrund Grundstücksbeschaffungs- und Erschließungs GmbH als treuhänderischer Entwicklungsträger. Die Entwicklungsmaßnahme umfasst das Industrie- und Logistik-Centrum Rothensee (Entwicklungszone I) und den Stadtteil Alte Neustadt mit dem Handelshafen (Entwicklungszone IV).

Kredit

Das unter der Verpflichtung zur Rückzahlung von Dritten oder von Sondervermögen mit Sonderrechnung aufgenommene Kapital mit Ausnahme der Kassenkredite.

kreditähnliche Rechtsgeschäfte

Übernahme von Zahlungsverpflichtungen (z.B. bei Bürgschaften und Leasing)

Kreditermächtigung

Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen, d.h. der Gesamtbetrag der geplanten Bruttokreditaufnahme.

Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt (LVwA)

Das Landesverwaltungsamt ist als mittlere Verwaltungsbehörde das Bindeglied zwischen der Landesregierung und der kommunalen Ebene. Dabei ist es für eine Vielzahl von Einzelaufgaben zuständig, entweder in erster Instanz oder als Fachaufsicht und Widerspruchsbehörde. Auf Beschluss des Landtages von Sachsen-Anhalt wurde das LVwA am 01.01.2004 gebildet und hat seinen Hauptsitz in Halle (Saale). Außerdem gibt es Nebenstellen in Dessau-Roßlau und Magdeburg.

Leasing

Der Begriff kommt aus dem Englischen („to lease“) und bedeutet mieten bzw. pachten. Im zivilrechtlichen Sinn handelt es sich dabei um einen Nutzungsüberlassungsvertrag oder einen atypischen Mietvertrag. Leasing hat in der öffentlichen Kommunikation jedoch überwiegend eine umfassendere Bedeutung als Finanzierungsalternative, bei der das Leasingobjekt vom Leasinggeber beschafft und finanziert wird und dem Leasingnehmer gegen Zahlung eines vereinbarten Leasingentgeltes zur Nutzung überlassen wird.

- Beim „US-Leasing“ bzw. „US-Cross-Border-Leasing“ (grenzüberschreitend USA – Deutschland) handelt es sich um spezielle Leasingvarianten, bei denen die Nutzung von US-Steuvorteilen zur Erzielung eines in Deutschland ausschüttungsfähigen Barwertes beabsichtigt war.

Leitzins

Unter Leitzins versteht man den von der zuständigen Zentralbank festgelegten Satz zur Steuerung des Geld- und Kapitalmarktes. Er legt denjenigen Zinssatz fest, zu dem sich Geschäftsbanken bei einer Zentral- oder Notenbank gegen Verpfändung notenbankfähiger Sicherheiten oder unter Eingehung eines Wertpapierpensionsgeschäftes Zentralbankgeld beschaffen können. Wichtigste Sätze sind beispielsweise der Mindestbietungssatz des *Hauptrefinanzierungsinstrumentes* der Europäischen Zentralbank, die *Repo Rate* der Bank of England und die nominale *Federal Funds Rate* der amerikanischen Fed. Diese geldpolitischen Instrumente werden u.a. deshalb als Leitzinsen bezeichnet, weil ihnen ein großer Einfluss auf den gesamten Refinanzierungsmarkt und damit auf die Liquidität im jeweiligen Währungsraum beigemessen wird. In Deutschland historisch relevante Leitzinssätze waren der Diskontsatz, zu dem die Geschäftsbanken Wechsel bei der Zentralbank rediskontieren konnten, sowie der Lombartsatz, zu dem Wertpapiere bei der Zentralbank verpfändet wurden. Mit dem Übergang der Zuständigkeit für die Geldpolitik auf die EZB gibt es keinen Diskontsatz mehr. Dieser wurde mit Wirkung vom 01.01.1999 durch den *Basiszinssatz* nach dem Diskontsatz-Überleitungsgesetz abgelöst. Seit Mitte der 1980er Jahre, spätestens jedoch mit der Übernahme der Zentralbankgeschäfte durch die EZB, setzten sich die Offenmarkt-geschäfte im Euroraum durch und lösten den Lombartsatz als wichtigsten Leitzins ab. Offenmarktgeschäfte sind die wichtigsten Instrumente der EZB und bilden den Mittelpunkt der Geldpolitik. Sie dienen zur Steuerung der Zinsen, der Liquiditätslage und zum Aufzeigen des geldpolitischen Kurses. Durch die Offenmarktgeschäfte erhalten die Geschäftsbanken den Großteil ihres Geldes gegen Verpfändung von Sicherheiten. Wichtige Leitzinsen der EZB sind der *Einlagesatz*, der *Hauptrefinanzierungssatz*, der *Spitzenrefinanzierungssatz*.

Nettokreditaufnahme

Bruttokreditaufnahme abzüglich der Tilgung.

Pro-Kopf-Verschuldung

Die Verschuldung je Einwohner auf der Basis des Kreditvolumens zum 31.12. und des Einwohnerstandes zum 31.12. eines Jahres.

Prolongation

Eine Prolongation (von neulat.: *prolongare*, verlängern) beschreibt allgemein den Zustand einer Verlängerung. Insbesondere wird der Begriff im Zusammenhang mit der Verlängerung eines aus der Zinsbindung kommenden Darlehens, so genannte Anschlussfinanzierung, verwendet. Im Gegensatz zur Umschuldung werden die Zinsen lediglich neu angepasst. Ein Wechsel des Darlehensgebers findet nicht statt.

PPP

Als Public Private Partnership (Abkürzung PPP), auch Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP), wird die Mobilisierung privaten Kapitals und Fachwissens zur Erfüllung staatlicher Aufgaben bezeichnet.

Schulden

Zahlungsverpflichtungen aus Kreditaufnahmen und ihnen wirtschaftlich gleichkommen- den Vorgängen sowie aus der Aufnahme von Kassenkrediten.

Swap

Der Begriff kommt aus dem Englischen („to swap“) und bedeutet tauschen. Ein Zinsswap-Geschäft dient zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken und ist die Vereinbarung zwischen zwei Parteien zum Austausch von (Zins-) Zahlungsströmen über eine bestimmte Laufzeit zu festgelegten Daten in der Zukunft und zu vorgängig fixierten Bedingungen.

Tilgung

Die ordentliche Tilgung ist die Leistung des im Haushaltsjahr zurückzuzahlenden Betrages bis zu der in den Rückzahlungsbedingungen festgelegten Mindesthöhe. Die außerordentliche Tilgung ist die über die ordentliche Tilgung hinausgehende Rückzahlung einschließlich der Umschuldungen.

Umschuldung

Umschuldung ist die Ablösung von Krediten durch andere Kredite.

Notizen
